

Demokratisch für die Demokratie streiten
Dresdner Rede – 5. Februar 2012 – Schauspielhaus Dresden

Frank Richter

Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Moderator der AG 13. Februar

Sehr geehrter Herr Schulz,
sehr geehrter Herr Reinhard,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für die Einladung, für die herzliche Begrüßung und für Ihr zahlreiches Kommen. Sie geben dem Moderator der Arbeitsgruppe 13. Februar (von jetzt an nur noch AG genannt) die Gelegenheit, seine Arbeit vorzustellen und einige, ausgewählte Überzeugungen vorzutragen. Für diese Rede sind 45 Minuten vereinbart. So bleibt im Anschluss Zeit für die Diskussion der Vertreter der Stadtratsfraktionen.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Kolleginnen und Kollegen der Landeszentrale für politische Bildung mitgekommen sind. Am Stand unseres Hauses können Sie sich über die Angebote dieser staatlichen Einrichtung informieren. Sie hat den Auftrag, politische Bildungsarbeit auf überparteilicher Grundlage zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sommer des vergangenen Jahres bat mich der Erste Bürgermeister, Herr Dirk Hilbert, darum, die AG zu moderieren. Nachdem ich mich mit dem Kuratoriumsvorsitzenden der Landeszentrale, Herrn Lars Rohwer verständigt und eine Kollegin, Frau Sabine Kirst, zur Mitwirkung gewonnen hatte, willigte ich ein. Diese Moderation endet mit der ersten Sitzung nach dem 13. Februar dieses Jahres.

Was ist die Aufgabe eines Moderators?

Seine Pflicht besteht darin, zusammenzutragen und zu ordnen, was er vorfindet. Sie besteht darin, das Gemeinsame, das Unterscheidende, das Trennende und – wenn möglich – auch das weiter Führende heraus zu arbeiten.

Die eigene Position des Moderators spielt keine Rolle – und wenn doch, dann eher eine hinderliche.

So muss man es idealtypisch beschreiben.

Natürlich verläuft nichts in der Realität idealtypisch.

Natürlich hat der Moderator eigene Überzeugungen, Vorstellungen und Ziele. Natürlich besitzt der Moderator einen Plan. Er ist als Person kein politisches Neutrum. Seine Funktion jedoch zwingt ihn, die eigenen Überzeugungen, Ziele und Pläne zu ignorieren, zu verschweigen und immer wieder über den Haufen werfen zu lassen.

Moderation ist keine Zauberei.

Sie ist Handwerk.

Moderation heißt nicht, etwas dort hinein zu stecken, wo nichts drin ist.
 Moderation heißt, etwas herauszuarbeiten, was von allein nicht heraus kommt.
 Insofern ist sie in der Nähe dessen angesiedelt, was die alten Griechen Maieutik nannten, Hebammenkunst, wie Sokrates in Anspielung auf die Tätigkeit seiner Mutter die Kunst der Gesprächsführung bezeichnete.

Moderation ist ein ergebnisoffener Prozess.
 Es kann passieren, dass nichts herauskommt.
 Oder wenigstens nichts, was die Beteiligten gemeinsam erzeugt hätten.
 Ursachen dafür können sein: geistige und willentliche Abstinenz oder Impotenz.

Für die AG gilt:

Auch noch auf der nächsten Sitzung, die übermorgen stattfindet, ist es theoretisch möglich, dass der erreichte Kompromiss bricht und die AG vorerst auseinander geht. Ich halte dies für unwahrscheinlich, nicht aber für unmöglich.

Würde es geschehen, wäre auch dies ein zu akzeptierendes Ergebnis. Nicht alle müssen immer und in jeder Angelegenheit beieinander bleiben.

Dennoch:

Die Aufgabe des Moderators besteht nun einmal darin, möglichst alles zusammen zu bringen und zusammen zu halten, was zusammen zu bringen und zusammen zu halten ist.

Meine Kollegin formulierte es so:

Der Moderator muss die Kuh solange wie möglich auf dem Eis halten. Und wenn sie eingebrochen ist, muss er versuchen, sie am Schwanz aus dem kalten Wasser zu ziehen.

Es liegt auf der Hand, dass sich der Moderator moderater Töne bedienen muss.

Im Wortsinn bedeutet „moderieren“ zunächst einmal „mäßigen“, erst in einem weiteren Sinn „lenken“ und „leiten“.

Der Moderator muss nicht nur moderat sprechen. Er muss moderat denken.

Er muss versuchen, die Gedanken und Absichten derer, die er zu moderieren hat, gründlich zu verstehen. Er muss sie respektieren. Er darf sie nicht zurück weisen. Er darf weder Gedanken noch Worte abschneiden. Er muss die Gedanken, Worte und Absichten notfalls an den äußersten und dünnsten Enden fassen, um sie mit den Gedanken, Worten und Absichten der anderen zusammen zu binden.

Wenn er dies nicht ernsthaft versucht, sondern lediglich vorgibt, es zu versuchen, verliert er Glaubwürdigkeit und Akzeptanz.

Wer moderieren will, braucht die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und zur Empathie.

Sie merken: ich beschreibe den Vorgang idealtypisch.

Das muss ich.

Man braucht ein Ideal, will man die Realität nicht nur hinnehmen, sondern gestalten.

Ich könnte Ihnen ebenso – und müsste es wohl auch – von den Fehlern berichten, die ich begangen habe. Ich traue mich noch nicht; die Moderation ist noch nicht abgeschlossen.

Eines gebe ich unumwunden zu:

Die Moderation verlief nicht ideal – vor allem weil ich meinte, an einigen Stellen viel stärker eingreifen zu müssen, als es dem Prozess der gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung förderlich war.

Warum meinte ich das?

Aus mehreren Gründen:

Vor allem, weil die Zeit drängte.

Die Aufgabe der AG bestand u. a. darin, die Gestaltung des 13. und 18. Februar inhaltlich, politisch, organisatorisch und öffentlichkeitswirksam vorzubereiten.

Also nicht nur einen Tag (wie in den vergangenen Jahren), sondern zwei Tage.

Die Gewaltexzesse vom 19. Februar 2011, dem Samstag nach dem 13. Februar, an dem eine starke Mobilisierungskraft des rechtsextremistischen und eine ebenso starke Mobilisierungskraft des linksextremistischen Spektrums festzustellen war, hatte die Stadt erschüttert.

Die Mitglieder der AG waren sich einig, am Samstag nach dem 13. Februar eine gemeinsame politische Kundgebung gegen Rechtsextremismus und gegen Gewalt durchführen zu wollen.

Jede Form eines organisierten Protestes, sei sie auch noch so schwierig umzusetzen, schien besser als der zu erwartende unorganisierte Protest.

Keiner in der AG schlug vor, die Gestaltung des 18. Februar 2012 – also des Samstags nach dem 13. Februar, für den bereits Anmeldungen aus dem rechtsextremistischen Lager vorlagen – sich selbst zu überlassen.

Aus einem zweiten Grund verlief die Moderation nicht ideal.

Frau Kirst und ich hatten nach der ersten Sitzung entschieden, mit allen Mitgliedern der AG bilaterale Gespräche zu führen. Wir wollten die Positionen, Absichten und Ziele der Mitglieder möglichst genau erfahren, um Konsenspunkte, Schmerzgrenzen und unüberbrückbare Unterschiede heraus zu bekommen.

Wenn 25 Personen aus verschiedenen Interessengruppen an einem Tisch sitzen, wie es bei den Sitzungen der AG üblich ist, wird anders geredet, als wenn 4 Personen am Tisch sitzen – quasi unter sich.

Dieses Verfahren brauchte Zeit. Es schien uns unverzichtbar.

Zwei Dinge traten besonders deutlich hervor:

die Vielzahl und das große Maß vorhandener Missverständnisse, Aversionen, empfundener Beleidigungen, Verletzungen, beklagter öffentlicher Diskreditierungen und als ungerecht empfundener Kriminalisierungen.

Völlig egal, ob wir diese für berechtigt oder unberechtigt hielten.

Wir stellten fest: sie sind da.

Sie wirken.

Jeder Hobbypsychologe weiß, dass es wenig Sinn macht, die Diskussion über Sachfragen voran zu treiben, wenn die Beziehungsebenen, auf denen sich die Diskutanten bewegen, zerstört oder auch nur schwer erschüttert sind.

Wir mussten dieses konstatieren.

Wir mussten viele Gespräche führen, die vor allem einem Ziel dienten: Vertrauen aufzubauen.

Über die Gründe und Anlässe der mitgeschleppten Ressentiments zu sprechen, würde an dieser Stelle zu weit führen.

Ich stellte mir oft die Frage:

Gehört Dresden auf die Couch?

Wie kann gemeinsame Politik gelingen, wenn so viele Akteure nicht bereit sind, miteinander, wohl aber bereit sind, übereinander zu sprechen?

Bisweilen hatte ich den Eindruck, manche wären nicht einmal in der Lage, sich mit ihrem politischen Gegner gemeinsam über schönes Wetter zu freuen. Vielleicht täusche ich mich.

Trotzdem frage ich:

Wie kommen wir zu einer politischen Kultur des „agree to not agree“, des Einverstanden – Seins, dass wir nicht einverstanden sind?

Wie wichtig es war, die vorhandenen Ressentiments offen zu legen und auszusprechen, bewies die schnelle und einstimmige Zustimmung aller Mitglieder der AG zu folgenden zwei Formulierungen:

(1)

Die Mitglieder der AG stört es, wenn der Eindruck entsteht, die Positionen bzw. die Protestformen der jeweils anderen seien moralisch höherwertig als die eigenen.

Hinter dieser Position steht auch die Frage:

Ist es auch in einem demokratischen Rechtsstaat denkbar, dass ein Mensch für sich etwas als moralisch geboten erkennt, was nicht mit geltendem Recht und Gesetz in Übereinstimmung zu bringen ist?

(2)

Eine gemeinsame Aktion – insbesondere am 18. Februar – kann nur zustande kommen, wenn alle Partner die Sorgen und Ressentiments der jeweils anderen ernst nehmen, auf die anderen zugehen und gemeinsam nach einem tragfähigen Konzept suchen.

Als gelernter Katholik darf ich der Stadt Dresden einen Tipp geben.

Wenn Sie wieder mal einen Moderator suchen, nehmen Sie sich einen, der etwas vom Ablasshandel versteht. Dieser wird zu Unrecht gescholten, weil der Exzess, den z. B. Johannes Tetzel betrieb, den Sinn völlig verstellt hat. Der Sinn des Ablasses besteht darin, über einen Mechanismus zu verfügen, der hilft, mit begangenen Fehlverhalten fertig zu werden, unbezahlbare Schulden zu begleichen und neu anfangen zu können.

Dieser Mechanismus funktioniert auch ohne christlichen Glauben und ohne Gott.

Zwei Menschen, zwei Parteien, zwei Lager verständigen sich. Sie vereinbaren öffentlich, von den wechselseitigen Vorhaltungen begangener Verfehlungen künftig abzusehen und es neu miteinander zu versuchen.

Eine Gesellschaft, die weder über eine Vorstellung noch über eine Technik verfügt, von der ständigen Vorhaltung vergangener Verfehlungen abzulassen, die nicht abfinden und sich selbst nicht abfinden kann, läuft heiß im Laufrad der Prinzipienreiterei.

Damit will ich nichts gegen Prinzipien sagen.

Im Gegenteil.

Wir brauchen Prinzipien.

Wir brauchen aber auch die Fähigkeit, widerstrebende Prinzipien gegeneinander abzuwägen und sie in der praktischen Politik – sprich im „wirklichen“ Leben – auszutariieren.

Wer dies versucht, ist alles andere als prinzipienlos.

Die Politik ist wie ein großer Ablasshandel.

Wer müsste das besser wissen als die Deutschen.

Die Politik kann oft nicht anders. Die Schuld und die Schulden sind bisweilen so hoch, dass sie niemals 1:1 beglichen werden können.

Um weiter miteinander zu leben, müssen wir Ablass geben und Ablass erhalten, müssen wir uns abfinden und abfinden lassen – und manches auf sich beruhen lassen.

Das ist nicht einfach und klingt nicht gut.

Es ist besser als jede Alternative.

Für meinen Geschmack haben wir (auch wir in Dresden) zu viel vom Michael Kohlhaas und zu wenig vom Nathan.

Ein dritter Umstand, der die Moderation begleitete und nicht gerade erleichterte, sei genannt, einer, der mit dem soeben genannten auf engste verbunden ist.

Ich meine die verschiedenen Intentionen, mit denen die Mitglieder der AG agierten.

Bei der anfänglichen Abfrage der Ziele, die verfolgt werden sollen, stellte sich heraus, dass es drei zusammenhängende, aber doch sehr unterschiedliche Ziele gab, die von den Mitgliedern in höchst unterschiedlicher Gewichtung vorgetragen wurden:

- (1) die gemeinsame Gestaltung des Gedenkens am 13. Februar
- (2) die Entwicklung eines gemeinsamen Umgangs mit rechtsextremistischen Demonstrationen
- und
- (3) die Entwicklung einer Erinnerungs- und Gedenkkultur in Dresden.

Sie sehen, dass es möglichst bald zu einer Klärung darüber kommen muss, welche Ziele die AG primär, sekundär und vielleicht auch gar nicht mehr verfolgen sollte und ob es möglicherweise andere Gremien in anderen Zusammensetzungen geben muss, damit die für notwendig erachtete Arbeit geleistet werden kann.

Die Moderation entschied im Spätsommer pragmatisch, der AG vorzuschlagen, sich auf die Gestaltung des 13. und des 18. Februar zu konzentrieren. Nur dies schien machbar. Der Vorschlag wurde angenommen. Wir gingen auf die Suche nach den Gemeinsamkeiten, Unterschieden und nach den unüberbrückbaren Gegensätzen. Wir taten dies mit dem Ziel, Vorschläge zu erarbeiten, von denen wir glaubten, dass sie mehrheitsfähig seien oder vielleicht sogar von allen akzeptiert werden könnten.

Dabei gab es – ich bin ehrlich – Tage, an denen ich mich fragte:

Bin ich hier in einer Arbeitsgruppe – Arbeitsgruppen verfolgen in der Regel ein gemeinsames Ziel. – oder befinde ich mich in der monatlichen Zusammenkunft einer Verhinderungsmafia, auf der die Clanchefs ihre Operations- und Hoheitsgebiete gegeneinander abstecken und deutlich machen, was wo und warum nicht geht;

oder, um es direkt zu sagen: in einer Zusammenkunft, in der unterschiedliche politische Positionen verteidigt werden und streng darauf geachtet wird, dass die jeweils anderen keinen Millimeter Terrain hinzu gewinnen.

Nicht alle Positionen, die an uns heran getragen wurden, kamen direkt aus der AG. Einige kamen aus der städtischen Gesellschaft oder kommen z. T. noch heute bei mir an; einige auch von staatlichen Verantwortungsträgern. Hier eine Auswahl, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

- (1) Der 13. Februar muss unbedingt erhalten werden als ein Tag des stillen Gedenkens. Nur das stille Gedenken wird der Geschichte und der traditionellen Gedenkkultur der Stadt gerecht. Alles andere bestiehl die Erlebnis- und Betroffenengeneration um ihre Erinnerung.
(Manchmal mit dem Zusatz: Alles andere am besten verbieten!)
- (2) Der Aufzug rechtsextremistischer Demonstranten muss unbedingt verhindert werden. Die Verhinderung ist von entscheidender symbolischer Wirkung. In anderen Städten gelingt das auch.
- (3) Die Herstellung der Hör- und Sichtweite zu den rechtsextremistischen Demonstrationen ist bei einer Aktion der Demokraten unbedingt herzustellen. Verschiedene Urteile – auch des Bundesverfassungsgerichtes – räumen die Hör- und Sichtweite ausdrücklich ein. Im Jahr 2010 hat diese, zusammen mit Blockaden, erfolgreich dazu beigetragen, dass die Rechtsextremisten nicht marschieren konnten.
- (4) Eine Aktion der Demokraten gegen die rechtsextremistischen Demonstrationen muss streng im Rahmen von Recht und Gesetz erfolgen. Blockaden sind gegen Recht und Gesetz. Sie müssen mit allen polizeilichen Mitteln verhindert werden. Rechtswidrige Gegendemonstrationen delegitimieren sich selbst. Sie bergen die Gefahr gewalttätiger Eskalationen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
jede dieser Positionen hat ihre Anhänger - die eine mehr, die andere weniger.
Für jede finden sich gute Gründe.
Aber auch gegen jede finden sich gute Gründe.
Einige Positionen schließen sich gegenseitig aus.

An dieser Stelle nur einige gewichtige Gegenargumente zu den 4 genannten Positionen:

Zu 1):

Das stille Gedenken am 13. Februar hat es ermöglicht, dass sich rechtsextremistische Kräfte mit ihren so genannten Trauermärschen anschließen und somit den Missbrauch des Datums betreiben konnten. Deshalb braucht Dresden für den 13. Februar eine politische Botschaft. Wir leben in einer freiheitlichen Gesellschaft. Wir können auch am 13. Februar andere Gedenkformen als das stille Gedenken nicht einfach verbieten.

Zu 2):

Den Aufzug rechtsextremistischer Demonstrationen zu verhindern ist erstens grundgesetzwidrig, weil es das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit verletzt. Auch Rechtsextremisten sind Grundrechtsträger.

Zweitens: Die Verhinderung löst kein Problem; sie verlagert es nur.

Drittens: Verhinderungen stimulieren die Aggressivität und bringen die Polizei in eine äußerst schwierige Lage.

Zu 3):

Die Herstellung der Hör- und Sichtweite dient lediglich dem Wohlbefinden der Gegendemonstranten. Sie birgt Gefahren. Sie verschafft den Rechtsextremen genau die Aufmerksamkeit, die sie sich wünschen, nicht aber verdienen.

Zu 4):

Gerade unser Staat und unser Land bedürfen angesichts der Geschichte eine Kultur des zivilen Ungehorsams. Wir können nicht einerseits die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und die friedlichen Revolutionäre des Jahres 1989 ehren und andererseits ausschließlich legalistisch argumentieren. Ziviler Ungehorsam ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie.

Der Staat muss aufhören, die Aufmärsche der Feinde der Demokratie zu schützen vor denen, die sie verteidigen wollen. Polizei und Gerichte berufen sich immer nur auf die politische Ordnung. Sie lassen eine politische Haltung vermissen.

Es klingt banal; ich sage es trotzdem:

Wir kommen nur weiter, wenn wir beginnen, mental und verbal abzurüsten. Die Deeskalation auf unseren Straßen bedingt eine Deeskalation in unseren Worten. Die Deeskalation in unseren Worten bedingt eine Deeskalation in unseren Köpfen und Herzen.

Die städtische Gesellschaft findet angesichts der Herausforderung, die sie im Ganzen betrifft, nur zusammen, wenn sich die Vertreter der verschiedenen, besonders der sich gegenseitig ausschließenden Positionen der Mühe unterziehen, die Argumente und Beweggründe der jeweils anderen zu verstehen und zu respektieren, wenn sie versuchen, die Positionen langsam aufeinander zu bewegen.

Wie können wir der Gefahr des Extremismus wirksam begegnen, wenn wir selbst nicht bereit sind, unsere eigenen, z. T. extremen Positionen infrage zu stellen?

Wer einen Hammer hat, für den ist jedes Problem ein Nagel.

- sagt ein Sprichwort.

Jeder von uns hat einen „Hammer“, d. h. ein probates, ein bewährtes, ein ihm vertrautes Denk- und Handlungsmuster, ein Instrument, mit dem er gute Erfahrungen gemacht und Probleme gelöst hat.

Wenn uns nun aber ein Problem begegnet, welches sich erkennbar als ein neues darstellt, ein Problem, das für uns alle erkennbar kein Nagel ist, dann müssen wir alle unsere Hämmer beiseite legen und nach neuen Lösungsmöglichkeiten und Umgangsformen suchen.

Gemeinsam mit Dr. Schneider, dem amtierenden Superintendenten des evangelischen Kirchenbezirkes Dresden – Mitte, war ich in der vergangenen Woche im Gespräch mit zwei Vertretern des Bündnisses „Dresden Nazifrei“.

Über die Bewertung von Blockaden gab es keine Verständigung.

Unsere gemeinsame Ablehnung von Rechtsextremismus und Gewalt konnten wir bekräftigen. Die AG und das Bündnis verfolgen unterschiedliche Ziele: das Bündnis will rechtsextremistische Demonstrationen verhindern. Die AG will gegen diese protestieren.

Beide sehen sich nicht in politische Gegnerschaft.

Und, was ich bemerkenswert fand: Sowohl Herr Thiele und Herr Kümmlig vom Bündnis als auch Herr Dr. Schneider und ich bekundeten Verständnis dafür, dass beide Gruppierungen in sich noch einmal höchst heterogen zusammengesetzt sind.

Die Lateiner formulierten ein Wort, das man als Ironie bzw. als Sarkasmus auffassen sollte. Es lautet: „Fiat iustitia et pereat mundus.“ –

„Die Gerechtigkeit muss durchgesetzt werden, auch wenn die Welt dabei untergeht.“

Auf unsere Situation angewendet möchte ich es wie folgt interpretieren:

Viele haben aus ihrer Sicht Recht, manche vielleicht sogar absolut Recht,

Recht entweder im juristischen, im politischen oder im moralischen Sinn.

Das ist, für sich genommen, noch kein Problem.

Das Problem beginnt, wo sie partout Recht behalten wollen – vielleicht sogar durchsetzen wollen mit allen verfügbaren Mitteln.

So jedoch kommen wir nicht weiter.

Wir kommen weiter, wenn sich alle bewegen und aufeinander zugehen.

Die Art und Weise, *wie* wir Politik machen, muss dem Ziel entsprechen, das wir mit ihr verfolgen.

Wenn das Ziel darin besteht, den Extremismus zurück zu weisen, müssen alle politischen Akteure bereit sein, ihre eigenen Extrempositionen zu verlassen.

Sie müssen gesprächs- und kompromissfähig sein.

Moderiert werden können nur die, die fähig und bereit sind, sich selbst zu moderieren.

In der Demokratie geht es nicht um Dogmen, sondern um Kompromisse.

Ein tragfähiger Kompromiss zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass alle Beteiligten irgendwie unzufrieden sind. (Unzufrieden aus verschiedenen Gründen.)

Demokratie besitzt einen geringen Lust- und Spaßfaktor.

Der Ertrag der Demokratie ist ein anderer: Interesseausgleich und Frieden, oder sollte man besser Waffenstillstand sagen, was ja auch schon etwas wert wäre.

Spätestens an dieser Stelle muss ich ein Argument einführen, das vor allem für jene gilt, die ihr Amt oder Ihre Funktion aufgrund einer demokratischen Wahl ausüben.

Sie befinden sich in einem Dilemma, das mit einer großen moralischen Herausforderung verbunden ist.

Warum?

Weil ihre Wahl zustande kam durch die Mehrheit einer Gruppe oder einer Partei, die spezifische, eben partikuläre Interessen verfolgt. Die Wähler erwarten naturgemäß, dass die Gewählten ihre Interessen erfolgreich vertreten. Genau in dem Moment aber, in dem sie ihr Wahl - Amt antreten – beispielsweise im Stadtrat oder im Landtag – sind sie zugleich gehalten, dem Gemeinwohl zu dienen, welches im Einzelfall den partikulären Interessen ihrer Entsendegruppe oder Partei widersprechen kann.

Was sollen sie tun?

Sie sind ihrem Gewissen verpflichtet und können doch nicht vergessen, wer sie ins Amt gebracht hat und gegebenenfalls in der Lage ist, sie aus demselben wieder zu entfernen.

Zweifellos liegt hier ein Dilemma.

Wie kann der Vertreter einer Partei parteiisch sein und bleiben und zugleich dem Gemeinwohl dienen?

All jene, die sich dieser mentalen, psychischen und auch moralischen Belastungsprobe aussetzen, verdienen nicht nur unsere kritische Begleitung; sie verdienen ebenso unseren Respekt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was hat die Moderation der AG bis heute an Ergebnissen gebracht?

Was ich Ihnen dazu sagen kann, klingt wenig.

Vielleicht können Sie, nach dem, was ich bisher vorgetragen habe, aber auch akzeptieren, dass dieses Wenige zu erreichen mit einigen Anstrengungen verbunden war.

Die AG 13. Februar hat sich darum bemüht, den Dresdnerinnen und Dresdner sowie den Gästen unserer Stadt eine Gestaltung des 13. und des 18. Februars vorzuschlagen, die sie den Anlässen entsprechend für angemessen hält. Sie hat diesen Vorschlag in einer fast einjährigen, zumeist ehrenamtlichen Weise erarbeitet, demokratisch erstritten und öffentlich vermittelt.

Die AG ist sich der Tatsache bewusst, dass es ein Vorschlag für den 13. und für den 18. Februar ist, der nicht von allen Dresdnern in allen Punkten und in gleicher Intensität mitgetragen werden kann. Dies ist allen demokratisch entwickelten Vorschlägen eigen.

Angesichts der historischen und politischen Bedeutung des 13. Februar für unsere Stadt und angesichts der elementaren Herausforderung, welche Extremismus und Gewalt für unser freiheitlich – demokratisches Zusammenleben darstellen, bitten die Mitglieder der AG alle Dresdnerinnen und Dresdner ihre Vorbehalte gegen das eine oder andere Element des Vorschlages zurück zu stellen und das Verbindende in den Vordergrund zu stellen.

Die beiden Gegenstände unserer Überlegungen: das Gedenken an die Opfer von Nationalsozialismus und Krieg sowie die Zurückweisung von Rechtsextremismus und Gewalt verlangen ein gemeinsames Auftreten aller Demokraten. Das sollte nicht beschädigt werden durch parteipolitischen, weltanschaulichen, ideologischen oder konfessionellen Zwist.

Im Laufe des Jahres 2012 mag es 364 Tage geben, an denen sich die Parteien und alle andere Gruppierungen unserer städtischen Gesellschaft auch in der Abgrenzung gegeneinander profilieren können und müssen. An zwei Tagen des Jahres 2012, am 13. und am 18. Februar, können wir uns profilieren, indem wir zusammen stehen.

Die Feinde der Demokratie lachen sich ins Fäustchen, wenn sich die Anhänger der Demokratie zerstreiten. Sie lachen umso lauter, wenn wir dies beim Gedenken an unschuldige Opfer und angesichts des Angriffs auf eben jene Grundordnung tun, auf der wir entweder gemeinsam stehen oder mit der wir gemeinsam fallen.

Die AG bittet die Dresdnerinnen und Dresdner ihren Vorschlag anzunehmen. Bilden Sie am 13. Februar gemeinsam eine Menschenkette und nehmen Sie an der politischen Kundgebung am 18. Februar und an der sich anschließenden Demonstration möglichst zahlreich teil.

Dazu folgende Ergänzung:

Beschlusslage der AG ist, am 18. Februar eine gemeinsame politische Kundgebung gegen Rechtsextremismus und Gewalt auf einem zentralen Platz der Stadt Dresden in Hör- und Sichtweite der rechtsextremistischen Demonstrationen durchzuführen.

Die AG ruft nicht zu Blockaden auf.

Würde diese Kundgebung zustande komme – und derzeit spricht sehr viel dafür –, wäre es das erste Mal, dass sich die ganze Breite der in der AG versammelten Demokraten zu einem gemeinsamen öffentlichen Zeichen des Protests zusammen finden.

Ich persönlich könnte dies – bei aller Skepsis und Nachdenklichkeit – nicht anders bewerten als einen Fortschritt für die demokratische und politische Kultur unserer Stadt.

Die Herstellung der Hör- und Sichtweite zu den rechtsextremistischen Demonstrationen, welche für einige Mitglieder der AG eine *conditio sine qua non* darstellt und für andere mit großen Sorgen verbunden ist, stellt natürlich ein Problem dar.

Für mich war sie immer ein Problem, das allerdings nicht so groß war, als dass ich an ihm den erreichten Konsens zerbrechen lassen wollte.

Eine sich an die gemeinsame Kundgebung anschließende Demonstration, die an einer mit Ordnungsamt und Polizei auch noch am Tag selbst abzustimmenden Stelle Hör- und Sichtweite herstellt, scheint mir die einzige Möglichkeit, den Beschluss der AG praktisch umzusetzen.

Meine Hoffnung war und ist (... und ganz ohne Hoffnung geht es natürlich nicht):

Wo ein politischer Wille ist, da ist auch ein versammlungstechnischer Weg.

Um diesen Weg zu finden, sind Mitglieder der AG seit Wochen und Monaten in vertrauensvollen Gesprächen mit Vertretern der Stadtverwaltung, des Ordnungsamtes und der Polizei. Übrigens: die Mitglieder, von denen ich soeben sprach, tun dies ausnahmslos ehrenamtlich und neben ihrer täglichen Berufsarbeit.

In diesem Jahr gibt es nicht das, von dem in früheren Jahren oft die Rede war:

ein Mauern, ein „Hinter dem Berg halten“, das Behandeln der angemeldeten Demonstrationen, als seien sie ein „Staatsgeheimnis“.

In diesem Jahr gibt es eine funktionierende Kooperation der AG mit der Landeshauptstadt Dresden.

Und was meinen Sie?

Wenn es wirklich wahr würde – was sich andeutet –, dass am 18. Februar keine Rechtsextremisten nach Dresden kommen, weil sie an der Abmeldung ihrer ursprünglich angemeldeten Demonstration festhalten, sollten wir uns dann nicht miteinander freuen und einander näher kommen – über alle politischen Unterschiede hinweg?

Noch besteht kein Grund zur Sorglosigkeit.

Noch wissen wir nicht, wie sich die Dinge am 13. und auch am 18. Februar entwickeln.

Vielleicht haben all jene, die sich um die Herstellung eines Konsenses und dessen praktische Umsetzung bemüht haben, das Glück der Tüchtigen.

Ich wünsche es Ihnen und erbitte Ihre Unterstützung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht ist heute nicht der Tag, zu diskutieren, was ich abschließend hinzufügen möchte.

Es muss bei anderer Gelegenheit vertieft werden.

Unsere Diskussionen und Aktionen bleiben oftmals an der Oberfläche.

In den Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Gewalt – auch mit linksextremistischer Gewalt – vermissem ich oft den Blick für die Probleme hinter dem Problem.

Ich bitte alle, die rufen: „Nazis raus!“, einmal inne zu halten und zu überlegen, ob es nicht besser heißen müsste: „Nazis rein!“

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Jeder Nazi ist als Nazi in unserer Gesellschaft unerwünscht. Das sollte er in aller Deutlichkeit erkennen.

Jeder Nazi gehört als Mensch und als Mitbürger (und das ist er ja auch) zu uns, in unsere Gesellschaft - so wie jeder andere Mensch und jeder andere Mitbürger.

Und auch das sollte er deutlich und unmissverständlich erkennen können!

Klar, dass dieses schwieriger zu bewerkstelligen ist als jenes.

Dennoch: Die zurück Gebliebenen sind allzu oft die zurück Gelassenen.

Kein Mensch wird als Nazi geboren. Auch ein Rechtsextremist, auch ein Linksextremist ist ein Grundrechtsträger und unser Mitmensch.

Dass wir Demokraten sind, beweist sich nicht dann, wenn wir uns darüber freuen können, mehrheitlich bestätigt worden zu sein. Dass wir Demokraten sind, beweist sich an unserer Art, mit Minderheiten umzugehen. Dass wir Demokraten sind, beweist sich dann, wenn es uns gelingt, den Feinden der Demokratie die besseren Argumente entgegenzusetzen und sie nicht aus der Demokratie zu entlassen – auch dann nicht, wenn sie sich selbst aus dieser entlassen wollen.

Demokraten dürfen sich ihre Maßstäbe nicht beugen und nicht nehmen lassen.

Und: Demokraten sollten etwas besitzen, was ich nennen möchte: Integrationskompetenz.

Ich frage Sie:

Sind wir überzeugt, dass die Demokratie gerade deshalb eine starke Herrschaftsordnung ist, weil sie in der Lage ist, die Schwachen zu schützen – und das heißt auch: die Rechte der Minderheiten?

Schauen wir in die Gesichter der Schwarz-, sprich der Trauer - Tragenden, dieser meist jungen Leuten. Wir könnten auf den nicht abwegigen Gedanken kommen: sie tragen Schwarz, sie tragen Trauer, weil sie niemals angekommen sind in unserer Gesellschaft. Wir sehen Schwächen. Wir sehen Schwache, die nicht länger von den Falschen stark gemacht werden dürfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Frank Richter

Moderator der AG 13. Februar

Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung